



## Antrag

der Abgeordneten **Rene Dierkes, Dieter Arnold, Martin Böhm, Christoph Maier** und  
**Fraktion (AfD)**

### **Asylstopp im Unterallgäu – Verzicht auf neue Asylunterkünfte und Auflösung bestehender Mietverträge!**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Regierung von Schwaben anzuweisen, im Landkreis Unterallgäu keine weiteren Asylunterkünfte anzumieten und bestehende Notunterkünfte, insbesondere in Mindelheim und Bad Wörishofen, zeitnah zu kündigen.

Die Staatsregierung wird weiterhin aufgefordert, eine sofortige Überprüfung aller bestehenden Mietverträge von Asylunterkünften hinsichtlich folgender Punkte durchzuführen:

1. Prüfung und Auflösung bestehender Mietverträge für ungenutzte Asylunterkünfte
2. Ausschöpfung vorhandener Kapazitäten, bevor neue Objekte angemietet werden
3. kompletter Verzicht auf neue Unterkünfte in Babenhausen, Egg an der Günz und an weiteren Orten

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag bis zum 1. Dezember 2025 über die Umsetzung zu berichten.

### **Begründung:**

Die derzeitigen Asylzahlen im Freistaat rechtfertigen keine zusätzlichen Unterkünfte im Unterallgäu. In Mindelheim und Bad Wörishofen bestehen Notunterkünfte mit über 900 Plätzen, welche nur zur Hälfte belegt sind.

Die Asylzuwanderung ist seit 2024 deutlich zurückgegangen, wodurch ein Aufbau neuer Kapazitäten obsolet ist. Freie Plätze in bestehenden Unterkünften müssen vorrangig genutzt werden, um den Staatshaushalt zu schonen. Fehlbelegungen durch Asylbewerber, die keine Unterkunft finden, belasten die Kapazitäten zusätzlich. Die Kündigung ungenutzter Mietverträge und die Abstimmung mit der bayernweiten Datenbank sind notwendig, um eine bedarfsgerechte Planung zu gewährleisten. Eine Fortführung der Anmietung, etwa in Babenhausen oder Egg, widerspricht der aktuellen Bedarfslage und den Interessen der Steuerzahler.